

Reichswart

Graf E. Reventlow

Bezugs-Preise:

Inland: vierteljährlich, durch die Post 3.-, 6. und 12. monatlich 1.90
Deutschland vierteljährlich: 4 Schilling
Ausland: Viertel, 1 Dollar.

Anzeigen-Preise:

Für die 10gespalt. Millimeter-Zeile 15 Goldpf. d. ganz Seite 600 Goldmark. Bei Platzmangel schriftl. entsprechende Ausschlag. Rabatt nach Tarif.

Der „Reichswart“ erscheint jeden Sonnabend

Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichswart“ G. m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Str. 30, entgegen. Fernsprechnr.: 8408 8082 Postfach-Route: Berlin 88 714 Bankverbindung: Deutsche Reichsbank, Berlin SW 57, Sülowstr. 101.

Unverlangt. Manuskript. ist Rückporto beizufügen

und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Nummer 43 + Berlin, den 24. Silbhardts (Oktober) 1925 6. Jahrgang

Inhalt: Das „Vertragswert“. — Das veratene Elsaß-Lothringen. (Schluß.) — Der „Antisemitismus“ der Propheten. — Die völkische Bewegung. — Erweiterung der Einigung! — Bemerkungen zu dem Aufsatz: „Politisch irreführende Wortbildungen“. — Drei Gerichtsurteile. — Böhmeringang. — Beilage: Der Wortlaut der Locarno-Verträge. — Aus den Gauen. — An die nationale Jugend Großberlins!

Das „Vertragswert“.

Die Locarno-Verträge sind von so großer Bedeutung, daß wir sie in der Beilage abgedruckt haben, damit die Leser des „Reichswart“ im Laufe der kommenden Wochen das Material zur Beurteilung von Reden und politischen Aktionen usw. zur Hand haben. Ein wichtiger Teil des notwendigen Materials: die Verträge Frankreichs mit Polen und der Tschechoslowakei liegt zur Stunde noch nicht im Wortlaut vor. Es ist zu hoffen, daß auch sie in der nächsten Nummer des „Reichswart“ gebracht werden können.

Für heute sei nur eine kurze allgemeine Bemerkung zur Beurteilung des Vertrages hier gegeben. Die Regierung und die Parteiparteien mit ihrer Presse zeigen einen neuen Stolz auf das „Vertragswert“. Man hat, noch allgemeiner betrachtet, den Eindruck, daß sich die leitenden deutschen Persönlichkeiten mit ihren Bewunderern und ihrem sonstigen Anhang noch gar nicht recht innerlich in die Rolle des „Gleichberechtigten“ hineinfinden können, daß sie vollends sich nicht bewußt sind oder aber bewußt vergessen, daß bei dieser Rolle des Gleichberechtigten der Schein der größten Teil ausmacht. Wenn man so die Herren der Regierung usw. sieht und hört, hat man den weiteren Eindruck, daß sie sich seit Locarno gehoben, in eine höhere Klasse versteht fühlen, noch nicht recht wissen, wie sie sich als nunmehr anerkannte Angehörige des internationalen Diplomatenstandes benennen sollen, nämlich, so daß man ihnen die Neuheit, die Römer sagten: „Homo novus“ möglichst nicht anmerke. Dieses Experiment glückt bis jetzt nicht, und die Deutschen können damit die hohe Genugtuung und den ästhetischen Genuß haben, ihre „Staatsmänner“ in gepreizter Selbstgefälligkeit einhergehen zu sehen und sprechen zu hören. Ein deutscher Moliere hätte hier einen wundervollen Vorwurf für einen modern diplomatischen: „Bourgeois-Gentilhomme.“ — Man muß auf diesen Punkt hinweisen, nicht aus Lust einer bösen Zunge, sondern weil die naive Gespreiztheit der deutschen Herren von Locarno eine politische Schwäche ist, nach außen wie im Innern.

Schon als die Delegierten Marx, Stresemann und Luther vor vierzehn Monaten von der Londoner Konferenz zurückkamen, er hielten sie und ihre Sprachrohre einen Heldenang, was die Delegierten in der britischen Hauptstadt alles erduldet und geleistet hätten. Aber nicht allein das, es sei auch Erkleckliches erreicht worden. Zum letzten Punkte beiläufig das folgende: Der frühere französische Ministerpräsident Herriot erklärte in voriger Woche in öffentlicher Rede: die militärische Räumung der Ruhr habe Frankreich in die Lage gesetzt, Marokko zu verteidigen. Damit ist die offiziöse Legende der Wilhelmstraße erledigt, daß die Räumung des Ruhrgebietes der diplomatischen Kunst Herrn Dr. Stresemanns zu verdanken sei.

Die Locarno-Verträge, insbesondere der Hauptvertrag, sind, wenn man in sie eindringen will, kein einfacher und klarer Lesestoff. Dem Vernehmen nach, hat der eigentliche Locarno-Vertrag im wesentlichen dieselbe Fassung, welche ihm seinerzeit die Juristen der Vertragsmächte in London gegeben haben. Auf eine Reihe einzelner Punkte soll im Laufe der kommenden Nummern des „Reichswart“ eingegangen werden. Heute sei nur das eine vorausgeschickt, daß juristische Schlüssigkeit von vornherein keine Garantie für praktisch politische Brauchbarkeit eines internationalen Vertrages bildet, dessen Inhalt lebenswichtige Fragen aller Vertragsschließenden enthält: — vertragsschließender Mächte, deren Interessen, abgesehen lediglich von Belgien und Frankreich, weit auseinandergehen, oder sich gegensätzlich gegenüberstehen. Man muß es sogar, besonders vom Standpunkte des machtlosen vertragsschließenden Staates als höchst gefährlich, ja als einen ständig wirkenden Nachteil betrachten, wenn der Vertrag besteht ist, durch juristische Dialektik die Machtlosigkeit ebenso zu verschleiern, wie den unbeseitigten Gegensatz der Interessen zwischen Deutschland und den anderen vertragsschließenden Mächten.

Wir Völkischen haben die Realpolitik und die Völkerbundspolitik als Ganzes von vornherein abgelehnt und tun es noch. Die in der neuartigen Entscheidung ausführlich dargelegten Gründe bestehen nach wie vor. Diese Tatsache entbindet aber nicht von kritischem Eingehen auf die Verträge und Abkommen von Locarno, einmal, um den

Kampf der nächsten Wochen möglichst wirkungsvoll zu führen und Schwankende herüberzuziehen, ferner, um auch nach außen hin politisch zur Geltung zu bringen, daß es in Deutschland eine politische Richtung gibt,

Völkische Presse in Not!

Die Geldknappheit und der allgemeine wirtschaftliche Tiefstand machen sich mit in erster Linie bei unserer Presse fühlbar und bringen diese in Gefahr.

Wer daher noch im Rückstand mit seinen Bezugsgeldern ist, wird dringend gebeten, diese baldigst an uns abzuführen.

Darüber hinaus appellieren wir an die Opferwilligkeit unserer wohlgeleiteten Leser und Freunde und fordern sie hiermit — soweit sie irgend in der Lage sind und sie nicht schon letzten unserm Aufruf in Nr. 39 folgend einen Beitrag zum Verbreitungsschlag gespendet haben — zu einer einmaligen

freiwilligen Umlage

auf. Jeder Betrag ist willkommen und dient letzten Endes zur Stärkung und Ausbreitung des völkischen Gedankens. Spenden werden auf das Postfachkonto des „Reichswart“ (Berlin 88714) erbeten. Auch hier heißt es wieder: doppelt gibt, wer schnell gibt.

welche die Lage erkennt, sich von ihrer Linie nicht abbringen läßt und sich für die Zukunft vorbereitet.

Das veratene Elsaß-Lothringen

(Schluß.)

In Elsaß-Lothringen herrscht das System französischer Unterdrückungspolitik. Bekanntlich sind die Franzosen auf diesem Gebiete Meister, auch in der Kunst, unterdrückte Länder und Völker von der Außenwelt möglichst hermetisch abzuschließen. Mit Elsaß-Lothringen ist ihnen das nicht recht gelungen. Immer mehr machen sich die Stimmen des unterdrückten Volks hörbar. Der Ton dieser Stimme ist stets: Selbstbestimmung, Selbständigkeit. Wir lassen einige Ausprägungen folgen:

Auf dem Vertretertag des „Hilfsbundes für die Elsaß-Lothringer im Reich“ erklärte unter stürmischem Beifall der Bundesvorsitzende u. a.:

Wir haben von uns aus keine Möglichkeit praktischer Einwirkungen auf die Entscheidungen der Regierungen und des Reichstages, trotzdem aber verbleibt uns die Verpflichtung, in irgend einer Form zu den Dingen, an deren Anfangsstadium wir stehen, von unserem besonderen elsäß-lothringischen Standpunkte aus Stellung zu nehmen. Eine solche Stellungnahme hat in der Gesamtsitzung des Vorstandes vor einigen Wochen bereits stattgefunden. Der Bundesvorstand ist dabei von dem Standpunkte ausgegangen, den der Vertretertag des Hilfsbundes unter allseitiger Zustimmung in Weimar f. Zt. in der elsäß-lothringischen Frage angenommen hat und der dahin geht, daß wir die elsäß-lothringische Frage durch den sogenannten Friedensvertrag nicht als gelöst betrachten, und daß wir eine endgültige Lösung dieser Frage nur durch die unbefristete Stellungnahme des elsäß-lothringischen Volkes als möglich betrachten. Ebenfalls wenig wie bei den verschiedenen politischen Umwälzungen der letzten Jahre ist auch diesmal das elsäß-lothringische Volk selbst bei der Gestaltung seines politischen Geschickes um seine eigene Ansicht gefragt worden. Die Fiktion einer Abstimmung, die Frankreich im Bewußtsein der Schwäche seiner Position aufgestellt hat, wird von uns mit Zug und Recht abgelehnt. Wenn wir also in dieser Frage das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das unsere früheren Gegner so oft im Munde führten und so wenig in die Praxis überlehten, auch für das elsäß-lothringische Volk mit aller Energie in Anspruch nehmen, so folgt daraus für den vorliegenden Fall, daß wir weder Frankreich, noch Deutschland, noch irgend einem anderen Lande das Recht zuerkennen können, in welcher Weise es auch sei, über die Zukunft Elsaß-Lothringens die endgültige Entscheidung zu treffen. Mögen Frankreich und Deutschland vom Standpunkte ihrer Interessen machen, was sie wollen, unserer Überzeugung nach bleibt das Recht der elsäß-lothringischen Selbstbestimmung davon nicht berührt.

Mit einer anderen Ausdeutung der status quo-Garantie, die von irgendwelcher Seite versucht werden könnte, können wir uns nicht abfinden. Ebenso ist aber auch ein inneres Desinteresse an der Erhaltung und Wahrung der deutschstämmigen elsäß-lothringischen Kultur für uns ausgeschlossen, und würde uns eine feilsche Haltung zumuten, wie wir sie ernsthaft nicht zu denken vermögen.

Das ist der Standpunkt, den der Geschäftsführende Vorstand und der Bundesvorstand in dieser wichtigen Frage angenommen haben. Es ist derselbe Standpunkt, der einige Wochen später auch in den „Heimattimmen“ zum Ausdruck gekommen ist. Es ist m. E. der einzig mögliche für uns, und ich würde es deshalb

lebhast begrüßen, wenn der Vertretertag möglichst einstimmig und ohne eine die Sache schädigende Debatte diesen Standpunkt sich zu eigen machen würde.

Aus Straßburg wird dem „Freiburger Tageblatt“ geschrieben:

„Dem Deutschland kann wohl darauf verzichtet, seinerseits mit Waffengewalt Elsaß-Lothringen zurückzuerobern, aber nach der modernen Auffassung, zu welcher sich im Weltkriege sämtliche Ententevölker laut und feierlich bekamen, obwohl sie dieselbe bei den späteren Friedensverhandlungen so jämmerlich verrieten, hat eine völkische Minderheit das Recht, für sich das Selbstbestimmungsrecht in Anspruch zu nehmen, und dieses Recht steht ihr allein zu, weder ihrem linken noch rechten Nachbar, im gegenwärtigen Falle weder Frankreich noch Deutschland. Es war einer der schwersten Fehler der französischen Politik, daß sie nach dem Kriege eine Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen verhinderte.

Diese Gedankengänge sind heute Gemeingut der erwachenden Mehrheit des elsäß-lothringischen Volkes, von Diebshofen bis Basel. Man findet sie fast in der gesamten Presse, natürlich mit den durch Partei und anderen Interessen bedingten Abstrichungen.

Mit unverblümter Deutlichkeit hat Sonntag, den 21. September, die kommunistische Partei der öffentlichen Meinung Elsaß-Lothringens Ausdruck gegeben. Auf einem Kongreß in Straßburg, besetzt von 710 Delegierten, welche 125 000 Arbeiter und Bauern vertraten, nahm sie einstimmig ein Manifest an, das verlangt:

1. Das Selbstbestimmungsrecht für Elsaß-Lothringen, selbst bis zur vollständigen Trennung von Frankreich, wenn die Bevölkerung so entscheidet.
 2. Eine Volksabstimmung, an der Männer und Frauen teilnehmen müssen.
 3. Damit die Abstimmung richtig vorgenommen werden kann, vorherige Räumung von Elsaß-Lothringen durch die französische Zivil- und Militärbehörde.
- Und bis diese grundsätzlichen Forderungen erreicht werden, verlangt die Partei unverzüglich:
1. Für jede Gruppe der Bevölkerung soll als Umgangssprache in Verwaltung, Gericht und Schule die Sprache dienen, für die sich die Mehrheit am Orte ausgesprochen hat.
 2. Zurückziehung der französischen Beamten.
 3. Das Recht der elsäß-lothringischen Soldaten, ihre Dienstzeit in Elsaß-Lothringen abzulegen.
 4. Verwaltungsautonomie für Elsaß-Lothringen.

Diese Rundgebung der kommunistischen Partei hat schwer eingeschlagen. Auf Befehl der Regierung wurde sie von der Pariser Presse totgeschwiegen. Das kann ihre Bedeutung nicht mindern. Im Ausland horchte man auf, in Elsaß-Lothringen hat keine Zeitung der katholischen Volkspartei und der Demokraten auch nur versucht, ein Wort gegen die Forderungen der Kommunisten zu schreiben. Nur die Gätter der eingewanderten Franzosen und der Sozialisten bekämpften sie. Die Sozialisten tuisen dies übrigens einverstandenemachen nur aus Parteiinteressen, weil sie ihre antireligiösen Ziele bei Frankreich eher erreichen können. Zum ersten Male seit dem Waffenstillstand hat im Elsaß eine organisierte Partei, welche bei den letzten Wahlen 55 000 Stimmen erhielt in Elsaß-Lothringen, die einen Vertreter im Parlament hat, zahlreiche Mitglieder als Gemeinderäte in vielen Orten, der französischen Idee in Elsaß-Lothringen eine glatte Umlage erteilt.

Es ist ja bekannt, daß seit dem 9. Mai in Zabern eine Wochenchrift erscheint, „Die Zukunft“, welche ausdrücklich auf ihrem Programm hat, Autonomie für Elsaß-Lothringen. Sie fügt allerdings hinzu, im Rahmen Frankreichs, aus leicht begreiflichen Gründen.“

Der „Antisemitismus“ der Propheten.

Es gibt eine Kategorie evangelischer Geistlicher, die in aller Aufrichtigkeit erklären, sie seien Antisemiten, erfüllt von der Verderblichkeit und Verwerflichkeit des Judentums. Man dürfe aber den „Antisemitismus“ nicht auf das Alte Testament übertragen, vor allem nicht auf die Propheten. Diese seien vielmehr selbst Antisemiten gewesen. Die Propheten selbst gäben uns vorzüglichste Waffen, gegen die Juden von heute. Die Völkischen begingen auch eine taktische Torheit, da sie mit den Propheten ebenfalls deren, sozusagen als authentisch beglaubigte Anklagen gegen das Judentum als Waffen verwürfen. — Es ist das ein Gegenstand, über den auch in völkischen Kreisen die Meinungen nicht selten auseinandergehen. Manche haben sogar die Hypothese aufgestellt, die Propheten seien nicht eigentlich Volksgenossen der Juden gewesen. Ich kann dieser Auffassung nicht beipflichten, im übrigen steht für eine erhebliche Anzahl der Propheten ihre Herkunft geschichtlich fest. Bei anderen, wie z. B. dem sogenannten zweiten Jesajas und dem dritten Jesajas ist sogar der Name unbekannt, während ihre Worte und Ton keine Merkmale aufweisen, die auf nicht-jüdische Abstammung Schlüsse gestatteten. —

Der sonderbare Meinungsstreit, sonderbar gerade in völkischen Kreisen, führt sich auf mehrere Ursachen zurück, zumal auf das Donnern der Propheten gegen ihr Volk und die angebliche ethische Höhe ihrer Anschauungen. Das: